

Colin Crouch: Postdemokratie, Suhrkamp Frankfurt 2008

Postdemokratie: „ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor noch Wahlen abgehalten werden, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die die Interessen der Wirtschaft vertreten.“ (10)

	Fordismus, Keynesianisch dominierter Kapitalismus	Neoliberalismus, marktradikaler Kapitalismus
		Liberale Demokratie, Postdemokratie (10): <ul style="list-style-type: none"> • die Wahlbeteiligung als wichtigster Modus der Partizipation der Massen • Lobbyismus, vor allem der Wirtschaft • Politischer Verzicht auf Interventionen in die Wirtschaft
	Aufstieg und Höhepunkt der Demokratie: „der Augenblick der Demokratie“ (14ff.)	Abstieg der Demokratie
	Aufstieg und Höhepunkt der Arbeiterklasse Starke Gewerkschaften	Abstieg der Arbeiterklasse, bis hin zur Bedeutungslosigkeit Gewerkschaften sind marginalisiert
	Ziel ist ein egalitäres Projekt	Diskreditierung egalitärer Ziele
	Die ökonomischen Eliten nehmen Beschränkungen ihrer Macht in Kauf (15)	Einfluss privilegierter Eliten wird dominant
	Stakeholder-Ökonomie: Interessen unterschiedlicher sozialer Gruppen berücksichtigt	Shareholder-Ökonomie: Interessen der Eigentümer im Vordergrund
Modell des aktiven demokratischen Staatsbürgers	Vordergrund: Modell des Bürgerstatus: Gruppen entwickeln kollektive Identitäten, artikulieren ihre Interessen und Forderungen selbständig und leiten sie an das politische System weiter (22)	Vordergrund: Modell des negativen Aktivismus: Bürger tadeln und kritisieren Politiker, Überprüfung ihrer Integrität. Politik wird argwöhnischer betrachtet und zugleich wird nach strengeren Regeln gerufen, mit denen sie kontrolliert werden soll (35)
Interpretationen	Positive Rechte der	Negative Rechte des Schutzes gegen andere,

von Bürgerrechten	Beteiligung, z.B. recht Organisationen aufzubauen, sich zu informieren, ...	z.B. Eigentumsrechte
Angelegenheit von Politik	einer breiten sich beteiligenden Mehrheit	einer elitären kleinen Gruppe von Entscheidungsträgern. Die Masse ist nur schimpfender Zuschauer
		Sicherheits- und Geheimhaltungspolitik
	Wohlfahrtsstaat mit staatsbürgerlichen Teilnahmerechten	Nur Hilfe für die Armen
	Steuersystem auf Umverteilung gerichtet	Steuersystem ohne Umverteilungsziele
Charakter der politischen Kommunikation (35ff.)	Sprachliche und stilistische Ähnlichkeiten in offiziellen politischen Verlautbarungen, in Berichten seriöser Medien, in Parteiprogrammen und in öffentlichen Reden	„sound bites“ von Politikern: Sprache soll möglichst starke Bilder ansprechen, das Geschäft der Überredung als eigener Beruf, die Sprache der Werbung, ein Parteiprogramm als „Produkt“, die „Vermarktung“ der politischen Botschaft <i>„Werbung ist keine Form des rationalen Dialogs. Sie baut keine Argumentation auf, die sich auf Beweise stützen könnte, sondern bringt ihr Produkt mit speziellen visuellen Darstellungen in Verbindung. Auf Werbung kann man nicht antworten. Ihr Ziel ist es nicht, jemanden in eine Diskussion zu verwickeln, sondern in zum Kauf zu überreden.“ (38)</i>
		Personalisierung von Politik. Die Werbung richtet sich auf die Spitzenperson <i>„Werbung für die angeblichen charismatischen Qualitäten eines Parteiführers sowie Foto- und Filmmaterial, das sie oder ihn in bestimmten Posen zeigt, treten zunehmend an die Stelle von Debatten über Probleme und Interessenskonflikten.“ (39)</i> Extrembeispiele: Pim Fortuyn 2002, Arnold Schwarzenegger 2003
Modell des aktiven demokratischen Staatsbürgers	Vordergrund: Modell des Bürgerstatus: Gruppen entwickeln kollektive Identitäten, artikulieren ihre Interessen und Forderungen selbständig und leiten sie an das politische System weiter (22)	Vordergrund: Modell des negativen Aktivismus: Bürger tadeln und kritisieren Politiker, Überprüfung ihrer Integrität. Politik wird argwöhnischer betrachtet und zugleich wird nach strengeren Regeln gerufen, mit denen sie kontrolliert werden soll (35)
Interpretationen	Positive Rechte der	Negative Rechte des Schutzes gegen andere,

von Bürgerrechten	Beteiligung, z.B. recht Organisationen aufzubauen, sich zu informieren, ...	z.B. Eigentumsrechte
Angelegenheit von Politik	einer breiten sich beteiligenden Mehrheit	einer elitären kleinen Gruppe von Entscheidungsträgern. Die Masse ist nur schimpfender Zuschauer
		Sicherheits- und Geheimhaltungspolitik
	Wohlfahrtsstaat mit staatsbürgerlichen Teilnahmerechten	Nur Hilfe für die Armen

Elemente der Postdemokratie

- Repräsentanten wichtiger Interessensgruppen sind aktiver als Bürger
- Lenkung der Meinung durch ein kleine Elite
- Respekt vor Politikern schwindet
- *„Im postdemokratischen Zeitalter stehen die Politiker jedoch einer Öffentlichkeit gegenüber, die verwirrt ist und nicht in der Lage, die politische Tagesordnung aktiv voranzutreiben.“* (33) (Eine Abhilfe sind „Fokusgruppen“)
- *„Die Globalisierung der wirtschaftlichen Eliten und die Fragmentierung der restlichen Bevölkerung tragen dazu bei, dass die sozialen Kräfte, denen es um den Abbau ökonomischer und politischer Ungleichheit geht, gegenüber jenen an Einfluss verlieren, die zu der hierarchischen Ordnung zurückkehren wollen, die wir aus vordemokratischen Zeiten kennen.“* (34)
- *„Wichtige soziale Gruppen haben ihren politischen Ort in der Gesellschaft verloren.“* (43)

Kap. 2: Die Schlüsselinstitution der postdemokratischen Welt ist das globale Unternehmen

- Makroökonomische Stabilität + Steuerung der Gesamtnachfrage im Fordismus geschwunden → Unternehmen haben gelernt sich in robuste und anspruchsvolle Organismen zu verwandeln
- eine neue Schicht globaler Fachleute, keiner Gemeinschaft zur Loyalität verpflichtet.
- *„In vielerlei Hinsicht ähnelt dies der Situation im vorrevolutionären Frankreich, wo der Monarch und die Aristokraten, die die politische Macht innehatten, von den Steuern befreit waren, während die Mittelklasse und die Bauern Steuern zahlten, doch keinerlei politische Rechte besaßen.“* (47)
- „Unterbietungswettkampf“ von Staaten um die Gunst der Konzerne
- Ausgliederung fast aller Bereiche an Subunternehmer. Behalten wird nur noch ein Hauptquartier, *„wo über die Unternehmensstrategie und Investitionen entschieden wird; die Zentrale verwaltet nur noch den Firmennamen als ein Markenzeichen, mit der wirklichen Produktion hat sie nicht mehr allzu viel zu tun.“* (52)
- Konzentration der Zentrale auf Finanztransaktionen und auf das Markenimage.
- Eine sich dauernd verändernde Konstellation von Anteilseignern. Die Firmengeschichte wird verwischt. *„Unsichtbarkeit wird zur Waffe“* (54). Kontinuierlich bleiben meist die wichtigen Investoren.
- Unternehmen werden zum Modell für andere Institutionen. Die Unterschiedlichkeit des modus operandi von Regierungen und Privatunternehmen schwindet → die besondere Bedeutung des öffentlichen Dienstes wird geleugnet, Behörden sollen wie Unternehmen agieren → Privatisierung eines Teils des öffentlichen Dienstes, Vergabe von Aufträgen an private Unternehmen → die Verantwortung für die Leitung des öffentlichen Dienstes wird

von der Politik abgezogen.

- Regierungen verlieren das Selbstvertrauen. *„Wenn immer mehr staatliche Aufgaben an private Firmen übergehen, verliert der Staat allmählich die Fähigkeit, Funktionen zu erfüllen, die er einst sehr gut bewältigte.“* (58) → Regierungen nehmen immer mehr die Dienste von Beratungsfirmen in Anspruch.
- Regierungen verleugnen *„eine Eigenschaft, die früher ein wichtiges Argument für einen aktiven Staat war: die Fähigkeit als zentraler Akteur Dinge zu erkennen, die die einzelnen Unternehmen nicht sehen konnten.“* (58)
- Die Ideologie, nur private Firmen haben Kenntnisse über Steuerung und Regulierung fördert Korruption.
- Die Regierungen lösen sich in drei Bestandteile auf (59):
 - *eine Reihe von Funktionen, die zunehmend marktförmig organisiert werden*
 - *ein Bündel von Verpflichtungen, die so eintönig und belastend sind, dass keine private Firma sie übernehmen würde; und*
 - *eine rein politische Komponente, bei der es in erster Linie darum geht, ein positives Image zu erzeugen.*
- Unternehmen sind Konzentrationen von Macht. *„Je mächtiger das Unternehmen als Organisationsform wird, desto mächtiger werden die Individuen, die diese Positionen [Vorstandsvorsitzenden, CEO] besetzen. Sie werden sogar noch mächtiger, da diese Regierungen ihnen die Ausführung ihrer eigenen Aktivitäten übertragen und sich vor der überlegenen fachlichen Kompetenz der Unternehmer beugen. Die Klasse, die ohnehin die Ökonomie beherrscht, dominiert nun auch den politischen Betrieb.“* (60)
- Gemeinnützige Organisationen brauchen private Sponsoren, auch Forschungsinstitute. Anforderungen an Drittmittel-Finanzierungen.
- All dies eröffnet Unternehmen und Managern einen privilegierten Zugang zu Politikern und der Verwaltung.
- Die besondere Rolle der Medienunternehmen: Umgestaltung der Nachrichtensendungen und politisch relevanter Formate nach dem Vorbild kommerzieller Produkte → ein extrem vereinfachende sensationsheischende Berichterstattung, *„wodurch das Niveau der politischen Diskussion und die Kompetenz der Bürger weiter sinken.“* (64) (Wie würden Schulen funktionieren, die sich der Logik der Massenmedien unterwerfen?)
- Politische und andere Nachrichten werden redefiniert: als besonders kurzlebige Konsumgüter *„Der Konsument hat über den Staatsbürger gesiegt.“* (67)
- Viele Medien (Presse, Rundfunk, TV) werden von wenigen Menschen kontrolliert. *„Heute kontrolliert eine sehr kleine Zahl außerordentlich reicher Individuen die politisch relevanten Nachrichten und Informationen – eine Ressource, die für die Bürger in einer Demokratie lebensnotwendig ist. So sehr die Personen auch miteinander konkurrieren, teilen sie tendenziell bestimmte politische Ansichten.“* (68)

Kap. 3: Soziale Klassen im postdemokratischen Zeitalter

- *„Der Umstand, dass viele Menschen davon überzeugt sind, es gebe keine sozialen Klassen mehr, ist selbst ein Symptom der Postdemokratie.“* (71)
- Die traditionelle Arbeiterklasse ist untergegangen. Ende des 20. Jahrhunderts rein defensive Kämpfe.
- Die anderen Klassen (Freiberufler, beamtete, Angestellte in Büros und im Vertrieb, Beschäftigte in der Finanzbranche, in Behörden und Organisationen des Wohlfahrtsstaates) sind unterschiedlich und heterogen. Sie sind gebildet und politisch interessiert, konfrontieren aber das politische System nicht mit einem Katalog konsistenter Forderungen.
- Starke Unterschiede der Beschäftigten im öffentlichen und privaten Sektor, Hierarchien.
- Die unteren Ränge der Hierarchie der Angestellten haben nie eine eigenständige politische

Position entwickelt.

- Die neuen sozialen Gruppen der postindustriellen Ökonomie werden zum bevorzugten „Objekt der Manipulation, als Gruppe bleiben sie passiv; sie lassen jede politische Selbständigkeit vermissen.“ (79)
- Die Rolle der Frauenbewegungen (80ff.)
- „Der Dritte Weg“, die „Neue Mitte“ agiert defensiv, Bsp. *New Labour*: die Parteispitze entfernt sich von der Basis, eine Partei für jedermann, ohne soziale Basis konnte nur eine neoliberale Politik von Thatcher fortgesetzt werden, Netzwerke mit professionellen Lobbyistenagenturen und Beratern.
- Nicht aufgegriffen werden:
 - die Zunahme der Einkommensunterschiede,
 - neue prekäre Arbeitsverhältnisse
 - neue Unterordnungen im Dienstleistungssektor
 - steigender Arbeitsdruck (durch die Praktiken des *downsizing*: Senkung der Personalkosten)

Kap. 4: Die Lage der Parteien

- Im reinen Modell der demokratischen Partei: konzentrische Kreise (Kernbereich der Parteiführung und ihre Berater, Parlamentsabgeordnete, aktive Mitglieder, Aktivisten vor Ort, einfache Parteimitglieder, Anhänger und Stammwähler, die allgemeine Zielgruppe der Wähler einer Partei) wird aufgehoben: enorme Ausweitung der Beater- und Lobbyistenzirkel im Umfeld der führenden Politiker.
- Dies verändert die Gestalt der Führungsspitze und ihr Verhältnis zu den anderen Kreisen der Partei. Die „reinen Experten“ sind mit Firmen und Lobbyisten verwoben. Privatisierung und Aufträge bringen zusätzliche Berührungstellen. „Alle Parteien mussten erfahren, dass sie dadurch verwundbarer werden.“ (95). Der öffentliche Dienst wird von dem Ziel des persönlichen Profitstrebens durchzogen.
- Erforschung der Meinungen der neuen Zielgruppe *top down*, also von oben, durch Meinungsumfragen. „Die Menschen an der Basis blieben dabei passiv; eigenständige Initiativen dieser Gruppen spielten dabei kaum eine Rolle. Und je, mehr man auf Experten setzte, umso weiter entfernte sich die Spitze von den Gremien der Partei, die Führung näherte sich noch stärker der beschriebenen elliptischen Form an.“ (95f.)
- Zukunft: „... dürfte die typische Partei des 21. Jahrhunderts eine sich selbst reproduzierende interne Elite umfassen, die weit von der Basis der Massenbewegung entfernt, jedoch sehr eng mit einer ganzen Zahl von Unternehmen vernetzt ist, die wiederum die Mittel bereitstellen, mit der die Partei externe Dienstleister für Meinungsumfragen, Politikberatung und Wahlkampagnen bezahlt; im Gegenzug wird sich die Partei diesen Unternehmen erkenntlich zeigen, sobald sie die Macht erlangt.“ (96); Extrembeispiel: Berlusconi's Forza Italia, aber auch sie hat noch Mitglieder, Basisorganisationen und freiwillige Aktivisten.
- Der enorme Geldhunger für moderne Wahlkämpfe macht für Korruptionen anfällig.

Kap. 5: Postdemokratie und die Kommerzialisierung öffentlicher Leistungen

- In der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts: enger Zusammenhang Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors \leftrightarrow Qualität und Wesen der sozialen Rechte der Staatsbürger
- Privatwirtschaftliche Prinzipien fließen in den öffentlichen Bereich ein:
 - Öffentliche Organisationen müssen nach marktwirtschaftlichen Kriterien arbeiten
 - Teilweise oder gänzliche Privatisierung
 - Übertragung einzelner Großprojekte oder öffentlicher Leistungen an private Anbieter (oft ohne wirklichen Wettbewerb)

- Marktähnlichmachen öffentlicher Leistungen durch Preise und Gutscheine, z.B. interne Märkte im *National Health Service* in Großbritannien
- Die Praktiken der Kommerzialisierung „beruhen alle auf der Annahme, dass die *Qualität öffentlicher Dienstleistungen sich verbessern wird, wenn die bisherigen Praktiken und das bisherige Ethos der Behörden zum Teil durch kommerzielle Vorgehensweisen ersetzt werden.*“ (103)
- Prozess der Kommodifizierung: weitere Lebensbereiche werden unter den Einfluss des Kapitalismus gebracht.
- Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts entzog man elementare Dienstleistungen dem Zugriff des Kapitalismus und des Marktes. „*Man sah sie als wichtig, ja als universelle Notwendigkeit an.*“ (104). Der Anspruch auf bestimmte öffentliche Leistungen wurde zum Kennzeichen der Demokratie. „*Der postindustrielle Kapitalismus versucht [...] die Abmachungen zu widerrufen, die im Industriezeitalter getroffen wurden, und dadurch alle Schranken der Kommerzialisierung und der Kommodifizierung neiderzureißen, die ihm im Rahmen des Konzepts der sozialen Bürgerrechte auferlegt wurden.*“ (107)
- Die WTO als postdemokratische Institution: Patentrechte, Liberalisierung bestehender Märkte, Institutionen des Wohlfahrtsstaates. „*Unter diesem Druck gerieten überall die sozialen Rechte der Bürger in Gefahr*“ (108)
- Wir sollten darüber diskutieren, „*ob wir wirklich die Regelung all unser Angelegenheiten kritiklos ausschließlich er betriebswirtschaftlichen Logik unterordnen wollen oder nicht. Wer versucht, diese Debatte zu verhindern, der schränkt ganz massiv die Demokratie selbst ein.*“ (108)
- „*Es ist nicht sinnvoll, den Markt zu einem absoluten Prinzip oder kategorischen Imperativ zu erheben, da er lediglich ein Mittel darstellt, gewisse Ziele zu erreichen, keinen Zweck in sich.*“ (108)
- Argumente gegen dieses Prinzip
 - Der Markt kann Gesichtspunkte vernachlässigen, die bei der Entscheidung für oder wider ein Gut durchaus relevant sein können (kann man vielleicht durch Internalisierung von externen Kosten beseitigen)-
 - Es kann die Qualität eines Gutes darunter leiden, dass es überhaupt den Kräften des Marktes ausgesetzt wird. Beispiele:
 - sexuelle Beziehungen
 - Verzerrungen durch künstliche Barrieren, wie Unterbrechung von TV-Programmen durch Werbeblöcke
 - Etablierung künstlicher Schattenmärkte, z.B. Wartezeiten in Gesundheit unter New Labour → Konzentration der Anstrengungen nur auf bewertete Aktivitäten
- Die Erosion öffentlicher Leistungen. Privatisierung führt dazu, dass die Anbieter sich ihre Kunden aussuchen → die Leistungen schrumpfen, sie werden nur noch für eine „Restkategorie“ erbracht: „*die Qualität der Leistungen sinkt, da diese nur noch von den Ärmsten und von Gruppen ohne politischen Einfluss wahrgenommen werden.*“ (114)
- Oder: man bietet öffentliche Leistungen nur noch für einen „Rest“ an. Bsp.: Leistungen für schwervermittelbare Arbeitslose ohne Mitsprachrechte, mit Auflagen
- Hayek hat nie analysiert, was Unternehmen tun, wenn sie durch politische Einflussnahme größere Gewinne einfahren als sich dem Markt auszusetzen.
- Das ist insbesondere relevant, wenn es um Privatisierung und Auslagerung öffentlicher Leistungen geht, „*denn hier werden die Lobbyarbeit und der Aufbau besonderer Beziehungen – in einem Ausmaß, das nur sehr große und alles andere als anonyme Unternehmen realisieren können – zu Politikern und zu Beschäftigten des öffentlichen Dienstes enorm wichtig.*“ (119)
- Privatisieren oder Auslagern (contracting out), letztere war die Politik von New Labour. Für

letztere gilt: *„Gerade, weil es bei der Vergabe von Dienstleistungen an Subunternehmer oder bei Public-Private Partnerships nicht zu einer endgültigen Privatisierung von Vermögenswerten kommt, wird die Beziehung zwischen Behörden und kommerziellen Anbietern auf Dauer gestellt, die Möglichkeiten zur Lobbyarbeit und zum Austausch von Gefälligkeiten bestehen permanent.“* (111)

- Oft Verträge mit sehr langer Dauer. Hier ist der Auftraggeber in Hinblick auf die Qualität der Leistungen sehr stark vom Auftragnehmer abhängig.
- Spezialisierung von Firmen auf Kontakte mit Regierung: Aufträge auch in anderen Branchen.

Der Begriff der staatlichen Autorität verliert an Bedeutung.

- Adam Smith: die Wirtschaft kann die Politik ebenso korrumpieren wie die Politik das Wirtschaftsleben. Deshalb brauchen Politiker und Beamte ein anderes Ethos als Wirtschaftsleute. Distanz zu wirtschaftlicher Macht. Ein Sinn für das Gemeinwohl.
- Das ist keine feindselige Einstellung zum Kapitalismus, sondern *„ein Bewusstsein für seine angemessenen Grenzen und ein besonderer Verhaltenskodex für den öffentlichen Dienst.“* (124), ähnlich wie für Militärs und Kirche (ohne Pazifismus und ohne Atheismus).
- *„Eine der wesentlichen Veränderungen im Rahmen der neoliberalen Hegemonie der achtziger Jahre bestand darin, dass mit dem sogenannten „New Public Management“ die Grenze zwischen Wirtschaft und Politik nun als semipermeabel galt: Die Wirtschaft sollte die Möglichkeit haben, sich nach Belieben in die Politik einzumischen – aber nicht umgekehrt.“* (125)
- *„Jedem, der dieses Modell in Frage stellt, wirft man vor, er würde damit zwangsläufig die Wirtschaft insgesamt kritisieren.“* (125)
- Die Politik ist töricht, Firmen sind klug: am Markt überleben nur die besten Firmen. Diese können wirtschaftspolitische Maßnahmen antizipieren → Ablehnung wirtschaftspolitischer Interventionen. Kritik daran:
 - Märkte sind nicht perfekt, Firmen haben keine perfekte Fähigkeit Wissen zu erwerben.
 - Was bedeutet „vollkommenes Wissen“ in einer dynamischen Welt?
 - *„Akteure in zentralen Positionen (etwa Regierungen) [haben] oft privilegierten Zugang zu bestimmten Informationen, da sie auf Wissen zugreifen können, das dem Marktgeschehen selbst extern ist. Mit anderen Worten. Bei bestimmten Themen haben die Unternehmen Informationsvorteile, bei anderen jedoch die Politiker.“* (125f.)
- Chronisch schwache Selbstvertrauen der öffentlichen Institutionen wird zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung: *„Wenn die Regierung immer mehr Aktivitäten an private Unternehmer auslagert, verlieren die Beamten tatsächlich ihre Kompetenz in den Bereichen, für die nun die privaten Firmen zuständig sind, in Feldern, auf denen bislang niemand die Kompetenz der Staatsdiener in Frage stellte.“* (217)
- Privatisierungen: Entzug von Amtsgewalt und zugleich Konzentration von Amtsgewalt im Zentrum der Politik → *„eine zentralistische Demokratie nach jakobinischem Modell, in dem es im Verhältnis von Regierung und Bürgern keine vermittelnden Ebenen des politischen Handelns gibt.“* (129)
- Die Ansprüche der Bürger werden nicht länger erfüllt.
 - Menschen ← [Wahlen] → Regierung ← [Verträge] → private Dienstleister. Bürger haben keinen direkten Kontakt zu Dienstleistern → *„Die Regierung ist gegenüber dem demos nur noch für die groben Richtlinien der Politik verantwortlich, nicht mehr für die konkrete Umsetzung.“* (129)
 - Ganze Auslagerungsketten (Bsp. Britische railway) verschleiern Verantwortung.
- *„Wir sind nun bei der endgültigen Lösung des Rätsels angekommen, das am Anfang dieses Abschnitts stand. Was haben Unternehmen zu bieten, was der öffentliche Dienst nicht kann?“*

Die Antwort lautet: die perfekte Präsentation!“ (130)

- Die ideale postdemokratische Welt: Politiker haben das Bildungs-, Erziehungs- und restliche Wohlfahrtssystem im Rahmen komplexer Zulieferketten an private Unternehmen ausgelagert privatisiert und brauchen sich nur um Markenbildung, Marketing und Präsentation zu kümmern. *„Dann werden sie für die Qualität der öffentlichen Leistungen nur noch in dem Maße verantwortlich sein wie Nike für den Zustand der Schuhe, die die Firma mit ihrem Logo überzieht.“* → Die Bürger verlieren praktisch jede Möglichkeit, ihre Anliegen in politisches Handeln umzusetzen.

Kap. 6: Und jetzt?

Es gibt Möglichkeiten die politische Entwicklung zumindest in Ansätzen von ihrem vermeintlich unaufhaltsamen Kurs in Richtung Postdemokratie abzubringen:

1. Maßnahmen, die darauf zielen, die wachsende Dominanz der ökonomischen Eliten zu begrenzen.
2. Reformen der politischen Praxis als solcher.
3. Handlungsmöglichkeiten, die den Bürgern offenstehen.

Gegen die Macht der Unternehmen

- Gegenargument: das senkt die Effizienz der Firmen
- Analogie: so wie es früher notwendig war, die Macht des Militärs und der Kirche zu begrenzen, ohne sogleich ihre Effektivität als wohlstandsmehrende (militärische oder moralische) Kraft zu mindern.
- Neue Regeln, um Lobbyarbeit und Korruption zu erschweren.
- *„Wir müssen der Idee des öffentlichen Dienstes als eines Feldes mit eigenem Ethos und spezifischen Aufgaben zu erneutem Ansehen verhelfen.“* (139)
- Rechtlich verbindende Verhaltenskodices für Firmen

Das Dilemma der Bürger

- Energie auf NGO und Bürgerinitiativen → durch die Aufspaltung der politischen Landschaft profitieren die Reichen und Mächtigen.
- Von außen Einfluss auf Parteien ausüben versuchen, indem wir die Kräfte unterstützen, die sie kontinuierlich unter Druck setzen.
- Die Angst der Parteien vor Interesselosigkeit der Wähler schafft die Chance, Gelegenheiten für Beteiligung zu finden.
- Bürgerversammlungen nach antikem griechischem Vorbild: zufällig ausgewählte Bürger können einen Monat lang Gesetzesentwürfe diskutieren, die ihnen zuvor eine qualifizierte Minderheit (sagen wir: ein Drittel) der regulären Parlamentsmitglieder zugewiesen hat, vor allem auf lokaler Ebene.
- Ausweitung der Befugnisse der kommunalen Ebene.
- Die Unterstützung von Parteien an Bedingungen knüpfen und dies die Führung spüren lassen.

Neue Identitäten mobilisieren

- Neuen sozialen Identitäten wird es immer noch möglich sein, *„sich zu formieren, sich ihres Außenseiterstatus im politischen System bewusst zu werden. Laut und deutlich Zutritt zu den Institutionen zu verlangen und damit die Welt der konventionellen postdemokratischen Kampagnenpolitik mit all ihren Inszenierungen und schrecklichen Phasen zu zerstören.“* (148), wie früher feministische und ökologische Bewegungen.
- Gegen die Sichtweise, nur gewählte Politiker verkörpern Politik.
- Dabei differenzieren:
 - sind neue Bewegungen wirklich mit Demokratie vereinbar (z.B. rassistische

- Organisationen, private Initiativen zur Kriminalitätsbekämpfung)? Helfen sie, die Politik davor zu bewahren, zu einem Spiel der Eliten zu verkommen?
- Zweitens entscheiden, „*ob wir die jeweiligen Ziele auch persönlich unterstützen, sie ablehnen oder ihnen gegenüber indifferent bleiben sollen?*“ (150)
 - Gefahren: die neuen rechten Bewegungen übernehmen die Initiative bei der Kapitalismuskritik. Sie „*personalisiert diese Problematik und konzentriert sich auf die Immigranten, die doch selbst die größten Opfer der Globalisierung sind – und nicht die Ursache der Probleme, die sie hervorruft. Es muss gelingen, die Unzufriedenheit auf die wahre Ursache dieser Probleme zu lenken: die großen Unternehmen und ihr ausschließlich profitorientiertes Verhalten, das Gemeinschaften zerstört und auf der ganzen Welt die Verhältnisse instabil werden lässt.*“ (151f.)
 - Rund um die neuartigen Beschäftigungsverhältnisse und neue Formen des Familienlebens kann man viele potentielle Identitäten entwerfen und mobilisieren.
 - Beispiel Italien 2002 und 2003: eine Protestbewegung gegen Berlusconi's Strafschutz-Gesetzes-Politik. Schlüsse daraus:
 - Gewöhnliche Menschen lassen sich durchaus mobilisieren, wenn es um die Redlichkeit ihres politischen Systems geht. Nicht alle sind gleichgültig und zynisch geworden.
 - Es ist möglich große Bewegungen ohne die Unterstützung der politischen Klasse zu organisieren.
 - Es kann Vorteile haben, wenn sich dabei die Mitte-Links-Parteien im Hintergrund halten.
 - „*Es gibt kein Naturgesetz, wonach sich die Menschen mehr Sorgen machen um die Immigranten, die in ihre Stadt kommen, als um all die Themen, die die politische Rechte in Verlegenheit bringen – man denke etwa um die Auseinandersetzungen um genetisch manipulierte Lebensmittel. Auch der Stress, der aus den immer prekäreren Arbeitsbedingungen resultiert, könnte ein solches Thema sein.*“ (154f.)

Fazit:

1. „*Wir müssen aufmerksam die Möglichkeiten neuer sozialer Bewegungen beobachten; vielleicht verstehen wir diese Bewegungen nicht sofort, doch möglicherweise liegt in ihnen das Potential für eine Vitalisierung der Demokratie.*“ (155)
2. „*Wir sollten uns klarmachen, dass wir den Einfluss der Lobbys etablierter und neuer Initiativen und Bewegungen nutzen sollten, da postdemokratische Politik nun einmal über Lobbys funktioniert.*“ (155)
3. „*Wir müssen – kritisch und keinesfalls bedingungslos – weiterhin auf die Parteien setzen, da keine ihrer postdemokratischen Alternativen ein vergleichbar großes Potential bietet, das Ziel der politischen und sozialen Gleichheit durchzusetzen.*“ (156)